

Gregor Schöllgen

**Deutschland an der Schwelle
zum 21. Jahrhundert**

**Gibt es noch eine deutsche
Interessenpolitik?**



**Akademie-
Information
FüAk - aktuell**

Nr. 2/ November 1998

20000824 058

AQFOO-11-3766

Hinweis des Herausgebers:

Der nebenstehend abgedruckte Vortrag lag einem öffentlichen Abendvortrag von Professor Dr. Gregor Schöllgen an der Führungsakademie der Bundeswehr am 28. Oktober 1998 zugrunde. Eine leicht modifizierte Fassung ist in der Zeitschrift "Außenpolitik" (2/1998) publiziert.

Professor Dr. Gregor Schöllgen ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen.

Gregor Schöllgen

Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert
Gibt es noch eine deutsche Interessenpolitik?

Schriftenreihe der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg
Akademie-Information - FüAk-aktuell; 2/ 98, November 1998

ISSN 1436-5367

Herausgeber:

Führungsakademie der Bundeswehr, Fachinformationsstelle/ Dokumentation
OTL (Wiss.-Dok.) Lothar W. Brenne-Wegener
Manteuffelstraße 20; D-22587 Hamburg
Tel.: 040/ 86 67 - 23 18; Fax: 040/ 86 64 420; e-mail: fueakbwhh@t-online.de

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved
OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden, to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave Blank)	2. REPORT DATE	3. REPORT TYPE AND DATES COVERED	
	November 1998	Final	
4. TITLE AND SUBTITLE			5. FUNDING NUMBERS
Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: gibt es noch eine deutsche Interessenpolitik? Germany on the threshold of the 21 century: is there still a German political interest?			
6. AUTHOR(S) Schoellgen, Gregor			
7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) Fuehrungssakademie der Bundeswehr Fachinformationsstelle/Dokumentation Manteuffelstrasse 20 D-22587 Hamburg			8. PERFORMING ORGANIZATION REPORT NUMBER SF 147
9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES)			10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER
11. SUPPLEMENTARY NOTES Publisher: Fuehrungssakademie der Bundeswehr, Fachinformationsstelle, Hamburg			
12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT DTIC users only.			12b. DISTRIBUTION CODE
13. ABSTRACT (Maximum 200 words) The author provides a viewpoint concerning whether the nation-state has a future, using Germany as a model. Some say no, in light of supranationalist organizations such as the European Union; others say there will be a nationalist backlash. The author looks at German history, seeing the roots of Hitler's destructive tendencies going back to Frederick the Great and the Prussian tradition. Germany played a secondary role until the fall of communism. Germany is now considered a super power, but refuses to possess nuclear weapons as a status symbol. Germany also holds an attraction for other states as a super power in UN problem-solving as Germany lost her colonies in 1919. By 1996 Germany had agreed to provide German troops for NATO in Bosnia. The author concludes with a discussion of German "interests." He asks whether the eastern movement of NATO is in the interest of Germany?			
14. SUBJECT TERMS German military NATO expansion Nationalism nation-state			15. NUMBER OF PAGES 13
			16. PRICE CODE
17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED	18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT Unlimited

Gregor Schöllgen

Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Gibt es noch eine deutsche Interessenpolitik?

AQF00-11-3766

Hat der Nationalstaat eine Zukunft? Eine Erfindung des neunzehnten, scheint er sich im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert, jedenfalls im westlichen Europa, in seiner klassischen Form überlebt zu haben. Das ist auch eine ursprünglich nicht gewollte Konsequenz des Zusammenschlusses in inter- beziehungsweise supranationalen Organisationen, wie der Europäischen Union. Je mehr Kompetenzen die Nationalstaaten delegierten und abtraten, um so mehr verloren sie zwangsläufig ihren Charakter. Wohin diese Entwicklung gehen wird, ist an der Schwelle zum 21. Jahrhundert und vor dem Hintergrund heftiger Eruptionen nationalistisch motivierter Gewalt in Teilen Europas und an seinen Rändern nicht ausgemacht: Wird die Attraktivität des integrierten Europas und der Trend zur Überwindung des Nationalstaates klassischen Zuschnitts langfristig zugleich die Quelle des Nationalismus trockenlegen, wie mancher hofft? Oder wird die Aufgabe nationalstaatlicher Identität als Verlust empfunden und zu entsprechenden Reaktionen führen, wie andere prophezeien?

Fest steht jedenfalls: je weniger die Nationalstaaten als solche, also unabhängig zu handeln vermögen, um so weniger läßt sich noch von Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne des Zeitalters der Nationalstaaten, der Epoche der Weltkriege, ja selbst der Ära des Kalten Krieges sprechen. Wenn es einen Staat gibt, der mit dieser Situation Erfahrung gesammelt hat, dann ist es die Bundesrepublik Deutschland. Im strengen Sinne nämlich hat diese seit ihrer Gründung nie unabhängig Außenpolitik treiben können, sofern darunter das souveräne, weitgehend unbeschränkte Agieren eines Staates in den auswärtigen Angelegenheiten zu verstehen ist. Dafür gab es mehrere Gründe, neben der nur eingeschränkten Souveränität des westdeutschen Teilstaats und seiner festen Einbindung in supranationale Organisationen vor allem historische von beträchtlichem Gewicht und zunächst unterschätzter Langzeitwirkung.

I. Die Schatten der Vergangenheit

Mit gutem Grund hatte man den Deutschen nach 1945 unmöglich zu verstehen gegeben, daß die Zeiten aktiver Großmachtpolitik endgültig vorüber seien. Immerhin hatten die deutschen weltpolitischen Ambitionen nicht unbeträchtlichen Anteil daran, daß das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zweimal während eines Vierteljahrhunderts fundamental erschüttert worden war. Das, für sich genommen, hätte sich im Lichte der europäischen Tradition nicht so dramatisch dargestellt, wäre da nicht jener Vernichtungswahn gewesen, dem die Deutschen während des Zweiten Weltkriegs verfallen und mit einer bis dahin nicht bekannten Konsequenz gefolgt waren. Die systematische Vernichtung des

europäischen Judentums war - und ist - in der sich für zivilisiert haltenden Welt ohnegleichen.

In den Augen vieler Gegner und Opfer der deutschen Politik und Kriegsführung hatte das Verhängnis zudem nicht erst 1933 oder 1939 begonnen. Ihnen stellte sich das "Dritte Reich", der von Hitler entfesselte Krieg und selbst die Vernichtung des europäischen Judentums vor allem auch als vorläufig letzter Ausdruck einer langen Tradition dar, die in der Zeit Friedrichs des Großen mit dem Aufstieg Preußens zur Großmacht begonnen hatte und die bis in das Zeitalter der Weltkriege hinein ungebrochen schien.

Für diese Sicht der Dinge hatten zeitgenössische Beobachter zwei Indikatoren. Einmal hatte sich Hitler selbst bewußt in jene Tradition gestellt. Als er am 21. März 1933 - in Zivil und der geschickten Inszenierung seines Propagandaministers Goebbels folgend - in der Potsdamer Garnisonkirche dem greisen Reichspräsidenten Hindenburg die Reverenz erwies, wußte er genau, was er tat: Nicht nur rückte Hitler damit die junge, nationalsozialistische Bewegung in die Nähe der großen preußischen Tradition; er konnte auch davon ausgehen, daß deren Repräsentanten für diese Geste empfänglich waren.

Diese gingen sogar in den kommenden Jahren noch einen entscheidenden Schritt weiter, und auch aus diesem zweiten Grund war es für ausländische Beobachter nicht schwer, eine direkte Verbindung von Friedrich dem Großen bis hin zu Hitler zu ziehen: Große Teile der alten Eliten Preußens-Deutschlands stellten sich nämlich in den Dienst Hitlers und seiner Bewegung. Das gilt nicht zuletzt für das diplomatische Korps und das Militär. Besonders unverständlich mutet es in der Rückschau des - natürlich immer klügeren - Betrachters an, daß die Vertreter des alten Preußens-Deutschland selbst in dem Augenblick nicht gegen Hitler vorgingen, als dieser erkennbar dabei war, dessen Fundamente zu zerschlagen.

Sicher lassen sich heute überzeugende Antworten auf diese Fragen finden. Dazu zählt die allgemeine Unterschätzung Hitlers im In-, aber durchaus auch im Ausland; und dazu gehören natürlich die enormen Erfolge, die Hitler vorzuweisen hatte, die auf alle Schichten der Bevölkerung korrumpernd wirkten, und die im übrigen, wie man am 20. Juli 1944 sehen konnte, jeden Widerstand fast aussichtslos erscheinen lassen mußten.

Für die alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges zählten solche Erklärungen indessen nicht. Was zählte, war die Bilanz, und die wurde jetzt nicht für die letzten sechs, sondern für die vergangenen 200 Jahre preußisch-deutscher Politik

gezogen. Deshalb war das Ziel alliierter Politik und Kriegsführung 1941-1945 nicht nur die Ausrottung des Nationalsozialismus, sondern auch die Zerschlagung der Großmacht Deutsches Reich und die Auflösung des deutschen Nationalstaates mit seinem preußischen Kern. Mit den sichtbaren Konsequenzen dieser Beschlüsse, zu denen auch die Deutschland teilende Mauer zu zählen war, blieb die Erinnerung an das, was sich mit der deutschen Politik und Kriegsführung verband, lebendig; und ohne diese wiederum hätten die zahlreichen Klischees, etwa von einem "Vierten Reich", die nach 1989 wie die Pilze aus dem Boden schossen und sich zum Teil bis heute in den westlichen Medien halten, kaum eine Chance gehabt.

Dabei entsprachen sie schon bei oberflächlichem Hinsehen weder der politischen Realität noch der deutschen Befindlichkeit. Wohl handelte sich die größer gewordene Bundesrepublik mit ihren ersten Gehversuchen wie der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens am 23. Dezember 1991, mit der sie sich im übrigen keineswegs vom Verhalten anderer Großmächte in vergleichbaren Situationen unterschied, mancherorts den Vorwurf ein, an vergangene, aber längst nicht vergessene Traditionen anzuknüpfen; doch war die Jugoslawien-Politik jener Tage gerade ein Beleg für Bonns Hilflosigkeit. Sie belegte, wie nachhaltig das Machtbewußtsein der Deutschen im Laufe fast eines halben Jahrhunderts demontiert worden war - zunächst von außen, durch die Beschlüsse und Maßnahmen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, dann von innen, durch einen gründlichen Abschied von allem Machtdenken, der sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte zu einer regelrechten Angst vor der Macht verdichtet hatte. Angesichts dessen, was die Deutschen in der ersten Jahrhunderthälfte, insbesondere in den Jahren 1941-1945 in Europa angerichtet hatten, gab es keine Alternative - für die Nachbarn nicht, und für die Deutschen selbst auch nicht. Mit der weltpolitischen Revolution der ausgehenden 80er und beginnenden 90er Jahre hat sich das geändert.

II. Die neue Lage

Am Anfang hat die Erkenntnis zu stehen, daß Deutschland nach den revolutionären Umbrüchen der ausgehenden 80er und beginnenden 90er Jahre - erstens - wieder in einer Machtposition ist, daß diese Macht - zweitens - wenig mit jener militärischen Stärke zu tun hat, über die sich das deutsche Machtpotential in der ersten Jahrhunderthälfte vornehmlich definiert hatte, und daß diese Macht - drittens - heute dazu verpflichtet, verantwortlich eingesetzt zu werden.

Nun kann man gewiß über die Definition Deutschlands als Großmacht mit globalem Gewicht streiten. Nicht nur war der innere Zustand Deutschlands nach der Vereinigung kaum dazu angetan, einer aktiven Großmachttrolle Vorschub zu leisten. Vielmehr verfügt ja auch das vereinigte Deutschland weder über eigene Atomwaffen, noch nimmt es derzeit einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein. Über diese beiden Kriterien definierte sich der Großmachtstatus Frankreichs, Großbritanniens und Chinas im Zeitalter des Kalten Krieges. Mit dessen Ende hat freilich auch hier ein signifikanter Wandel eingesetzt. So nähern sich immer mehr Staaten gerade der Dritten Welt der Schwelle zur Atommacht oder haben diese bereits überschritten. Dennoch wird man sie nicht deshalb zu den Großmächten zählen.

Auch weil die klassischen Statussymbole politisch eine zunehmend untergeordnete Rolle spielen, nimmt das vereinigte Deutschland heute einen anderen politischen Rang ein als der nur bedingt souveräne Teilstaat. Hinzu kommt die Geschichte des deutschen Nationalstaates, der eben immer auch eine Großmacht war - und zwar sowohl aus der Sicht der Deutschen als auch aus der Sicht ihrer Nachbarn. Was die Deutschen angeht, so waren sie von der Geburt ihres Nationalstaates, also seit 1871 davon überzeugt, daß dieser nur dann eine Chance habe, im Kreis der europäischen Mächte zu überleben, wenn er sich gegen diese zu behaupten vermochte. Das setzte immer schon ein tiefes Mißtrauen in die Absicht der anderen voraus und erklärt im übrigen das fast selbstverständliche, hochbrisante Hantieren mit dem Präventivkriegsgedanken.

So problematisch dieses Denken war, so sehr ist doch selbst in ihm noch ein Rest jenes übersteigerten Sicherheitsbedürfnisses zu erkennen, das Preußen bzw. Deutschland immer dann an den Tag legte, wenn es sich in der Rolle einer europäischen Großmacht befand, und für das es einige handfeste Gründe gab: Neben der exponierten geostrategischen Lage - immerhin hatte die Kontinentalmacht Deutsches Reich seit 1871 acht, seit 1919 sogar elf Nachbarn, darunter einige Großmächte - neben dieser geostrategischen Lage also spielte vor allem die historische Erfahrung eine Rolle, daß Deutschland in der Geschichte immer auch das Durchmarschgebiet und das Schlachtfeld Europas gewesen war. Hinzu kam die Absicht, das nach 1871 etwa in kultureller, vor allem aber wirtschaftlicher Hinsicht Erreichte - und das war einiges - zu bewahren und auszubauen. Alles zusammengenommen, ergab sich aus dieser Motivlage also das besagte, enorm übersteigerte Sicherheitsbedürfnis.

Aus der Sicht der Nachbarn mußte sich das, insbesondere vor dem Hintergrund zweier Weltkriege, naturgemäß ganz anders darstellen, nämlich als scheinbar

ungebremster Expansionsdrang. Weil für sie, wie gesehen, der Ursprung dieser unheilvollen Entwicklung in der Begründung eines deutschen Nationalstaates gelegen hatte, mußte für die alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges die Demontage der einen, also der deutschen Großmacht, zwangsläufig die Auflösung des anderen, nämlich des deutschen Nationalstaates, einschließen. Kann es also, jedenfalls aus der historischen Sicht, einen Zweifel geben, daß mit der Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates, die mit dem Inkrafttreten des "Zwei-plus-Vier"-Vertrages am 15. März 1991 völkerrechtlich abgeschlossen wurde, auch die - oder besser: eine - deutsche Großmacht wieder das Licht der Welt erblickt hat? Und handelt es sich bei diesem Statuswandel nicht zwangsläufig um etwas anderes als um die Korrektur von Zahlen, Daten und Bilanzen in den Statistiken des Kontinents?

Dabei sind schon diese im Falle des vereinigten Deutschland beeindruckend genug, und natürlich gewinnen sie im Zusammenhang mit dem Prozeß allgemeiner politischer und territorialer Atomisierung, der mit der Auflösung der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei einherging, zusätzlich an Gewicht. Immerhin stand die deutsche Vereinigung als einziges Ereignis dieser Art gegen den allgemeinen, gegenläufigen Trend des Staatenzerfalls in Südost-, Ostmittel- und Osteuropa. Zudem ist die Bundesrepublik alles andere als ein militärischer Zwerg. Gewiß, sie ist keine Atommacht, und die Debatten über die Rolle der Streitkräfte oder über ihre Unterwanderung durch extremistische Kräfte haben Spuren hinterlassen. Dennoch ist die Bundeswehr immer noch die zweitstärkste Armee Europas, und natürlich hat sie als solche in einer Zeit rapiden Zerfalls der alten - auch militärischen - Strukturen im östlichen Europa ein nicht unerhebliches Gewicht.

Schließlich weist die Bundesrepublik zwei Eigenschaften auf, die in diesen Tagen, anders als etwa in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, für eine Großmacht charakteristisch sind. Da ist einmal das Potential, durch mangelnde Kooperation die Funktionen des internationalen Systems zu gefährden oder gar zu sabotieren. Die mit breiter parlamentarischer Mehrheit getroffene Entscheidung zur Teilnahme der Bundesrepublik an einem möglichen Militäreinsatz der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien hat gezeigt, daß man sich dessen heute in Deutschland bewußt ist. Und dann besitzt Deutschland für ein potentielles Riesenheer verfolgter, hungernder, heimatloser Menschen wie für eine zunehmende Zahl krisengeschüttelter Staaten des östlichen Europa sowie der außereuropäischen Welt eine enorme Attraktivität. Das hat mit der wirtschaftlichen Potenz und dem relativen Wohlstand zu tun, aber zum Beispiel auch mit der Verbreitung der deutschen Sprache, vor allem in Ost- und

Ostmitteleuropa, sowie mit dem wichtigen historischen Umstand, daß Deutschland in der außereuropäischen Welt nirgends die letzte Kolonialmacht gewesen ist. Weil das Deutsche Reich 1919 seinen außereuropäischen Besitz aufgeben mußte, ist die Bundesrepublik heute nicht mit dem Odium des letzten, brutalen Kolonialherren behaftet, gegen den sich die jungen Völker Asiens und Afrikas im Zeitalter der Befreiung bzw. Dekolonialisierung zu behaupten hatten.

Diese Anziehungskraft bedeutet heute Verantwortung. Wenn auch die Deutschen selbst beträchtliche Schwierigkeiten mit dem Gedanken haben mögen, daß sich ihr Land längst wieder in der Rolle einer europäischen Großmacht mit globalem Gewicht befindet, so wird ihr Land doch von den meisten Beobachtern außerhalb der deutschen Grenzen, vor allem aber in der Dritten Welt mit ihren gewaltigen Problemen, längst wieder so gesehen. Schon weil man, so wie die Dinge liegen, davon ausgehen muß, daß dort diesbezüglich auf absehbare Zeit kein Umdenkungsprozeß einsetzen, sich vielmehr das besagte Deutschlandbild weiter verfestigen wird, ist es an den Deutschen, die alten Bahnen zu verlassen.

Das beginnt mit der Erkenntnis, daß das deutsche Machtpotential weder das Ergebnis eines Naturwunders noch in erster Linie der deutschen Leistungsfähigkeit ist, sondern sich vor allem dem heute leicht übersehenen Umstand verdankt, daß die Bundesrepublik fast ein halbes Jahrhundert lang im sicheren Windschatten des Ost-West-Konfliktes prosperieren konnte. Von diesem Zustand und dem sich daraus entwickelnden Denken Abschied zu nehmen, fiel und fällt hierzulande schwer. Daß dies vor allem für die mittlere Generation gilt, ist kein Zufall; sie war und ist der eigentliche Nutznießer der zitierten Entwicklung, und es waren ihre Vertreter, die in den frühen neunziger Jahren ernsthaft die Lösung ausgaben, das vereinigte Deutschland könne sich in Zukunft auf die "Zivilisierung der internationalen Politik" verlegen und beschränken.

Die Verfechter dieser beinahe zynisch und anmaßend klingenden Auffassung mit Tradition, wonach ausgerechnet die Deutschen berufen seien, die Welt zu bekehren und ihr das deutsche "Zivilisations"-Modell als vorbildlich anzuempfehlen, konnten oder wollten vor allem eines nicht zur Kenntnis nehmen: Die Aufforderung, ihre Macht, gegebenenfalls auch ihre militärische, einzusetzen, um sich an der Beendigung von Genozid, massenhafter Vergewaltigung und schreiendem Unrecht zu beteiligen, wurde von außen an die Bundesrepublik herangetragen. Nicht einmal zwei Jahre nach Inkrafttreten des "Zwei-plus-Vier"-Vertrages sprach sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen während eines Bonn-Besuchs im Januar 1993 für die "volle Beteiligung Deutschlands" an sämtlichen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen der

Weltorganisation aus und erklärte ausdrücklich, daß es ein "Irrglaube" sei, die internationale Gemeinschaft fürchte sich vor bewaffneten deutschen Soldaten oder unterscheide die Einsatzmöglichkeiten nach Ländern, in denen Deutsche aus geschichtlichen Gründen nicht eingreifen wollten.

Schwer vorstellbar, daß diese dringenden Appelle an die deutsche Großmacht ergangen wären, hätte man außerhalb der deutschen Grenzen einen Rückfall in vor-zivilisatorisches Verhalten für denkbar gehalten, im Gegenteil. Dennoch bedurfte es zweier Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, bis sich der Deutsche Bundestag, nach einer intensiven und notwendigen öffentlichen Diskussion, in der Lage sah, nahezu geräuschlos den Rest jener politischen und militärischen Sonderrolle zu liquidieren, welche Deutschland für ein halbes Jahrhundert gespielt hatte und für die es vor allem ein gewichtiges Argument gab: seine Geschichte.

Am 13. Dezember 1996 stimmten fast 500 Abgeordnete des Deutschen Bundestages dem Antrag der Bundesregierung zu, mehr als 3 000 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der Sfor-Truppe der NATO für eineinhalb Jahre in Bosnien zu stationieren und an der militärischen Sicherung des Friedensprozesses zu beteiligen. Als das Parlament am 19. Juni 1998, jetzt auch mit den meisten Stimmen der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion, den Weg für die Verlängerung der Mission freimachte und am 16. Oktober mit ähnlicher Mehrheit einer Teilnahme der Bundeswehr an einem möglichen Militäreinsatz der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zustimmte, wurde nicht nur der Abschied vom weltpolitischen "Trittbrettfahren" proklamiert, den der Bundespräsident bereits im März 1995 in seiner Grundsatzrede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik eindringlich angemahnt hatte. Vielmehr wurde auch jener außenpolitische Konsens wiederhergestellt, der sich in der beinahe fünfzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schon deshalb bewährt hatte, weil er den deutschen Interessen durchweg förderlich gewesen war.

III. Die deutschen Interessen

So wie eine deutsche Außenpolitik, welche die historischen Dimensionen ihres Handelns nicht in Rechnung stellte, scheitern müßte, so wäre jedes außenpolitische Konzept, das welt- und machtpolitische Abstinenz anriete, einer kurzsichtigen Perspektive verpflichtet. Nicht nur stellt das vielbeschworene Phänomen der Globalisierung auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor

neue, eigene Herausforderungen; vielmehr decken sich auch deutsche Mitverantwortung für die Weltgemeinschaft und die deutschen Interessen weithin.

Mit der erklärten Bereitschaft zum Einsatz ihrer politischen, wirtschaftlichen sowie gegebenenfalls auch militärischen Macht kann und muß die Bundesrepublik also, und keineswegs uneigennützig, mehrere Ziele verfolgen. Erstens geht es um den Beweis der Bündnisfähigkeit: Anzunehmen, daß Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts militärischer Bündnisse nicht mehr bedürfe, wäre angesichts der neuen, gewaltigen Herausforderungen gleichermaßen blauäugig und unverantwortlich. Bündnisse aber beruhen auf Gegenseitigkeit. Diskussionen über den Bündnisfall, wie sie während des Golfkrieges mit Blick auf den NATO-Partner Türkei geführt wurden, sind abwegig. Ob man einen Zerstörer der Bundesmarine für einen Inspektionsauftrag der UNO im Rahmen einer WEU-Aktion und als Teil eines NATO-Verbandes in eine Krisenregion entsendet, darf nicht, wie im deutschen Sommer 1992, Gegenstand einer sich über Wochen hinschleppenden Kontroverse sein. Nach den zitierten Entscheidungen des Bundestags vom Dezember 1996 sowie vom Juni und Oktober 1998 wird damit auch nicht mehr zu rechnen sein.

Zweitens muß Deutschland schon deshalb ein Interesse haben, Einfluß auf die Entscheidungen jener Gremien, Gemeinschaften und eben auch Bündnisse zu nehmen, deren Mitglied es ist, weil es von diesen Entscheidungen nachhaltig betroffen ist. Das hat sich schon bei den UN-Aktionen im Irak, in Kambodscha und Somalia gezeigt. Was den Irak anging, so wurden nicht nur, noch vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Zweiten Golfkrieg, deutsche Minensuchboote in den Persischen Golf entsandt, vielmehr waren Piloten und Mechaniker der Heeresflieger mit ihren Hubschraubern fünf Jahre lang an der Aufdeckung von Saddam Husseins geheimem Rüstungspotential beteiligt. Auch bei der teuersten und aufwendigsten Friedensmission, welche die Vereinten Nationen in ihrer bis dahin fast fünfzigjährigen Geschichte durchgeführt haben, waren Bundeswehrsoldaten gefordert. Als die "Blauhelm"-Mission in Kambodscha, nach den Wahlen und der Inkraftsetzung einer neuen Verfassung im November 1993 abgeschlossen wurde, war auch die deutsche Politik um einige bittere Erfahrungen reicher: Nicht nur hatte der Tod eines ersten deutschen "Blauhelm"-Soldaten am 14. Oktober 1993 deutlich gemacht, was die Beteiligung der Bundeswehr an solchen Einsätzen für Folgen haben konnte. Vielmehr setzte sich jetzt auch am Rhein die Erkenntnis durch, daß "friedenserhaltende" und "friedensschaffende" Maßnahmen in vielen Fällen kaum mehr eindeutig voneinander zu trennen waren, weil sich immer häufiger einzelne Konfliktparteien nicht mehr an die Grundregeln eines kollektiven Sicherheitssystems wie der

Vereinten Nationen hielten und UN-Einheiten wie militärische Gegner behandelten.

Vollends deutlich wurde das in den dramatischen Entwicklungen in Somalia: Zwar hatte die Bundesrepublik mit dem Einsatz eines verstärkten Nachschub- und Transportbataillons, der im Februar 1994 endete, erneut, wie von ihren Partnern erwartet, unter Beweis gestellt, daß sie nur wenige Jahre nach der Vereinigung durchaus in der Lage und willens war, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an scheinbar unabweisbaren Aktionen der Völkergemeinschaft zu beteiligen. Doch hielt gerade der Fall Somalia die Lehre bereit, daß man Völker gegen den offenkundigen Willen von Teilen ihrer herrschenden Elite nicht zur Annahme von Frieden, Demokratie oder Menschenrechten zwingen kann, und daß überdies eine zu diesem Zweck durchgeführte militärische Aktion ohne politisches Konzept zum Scheitern verurteilt ist.

Schließlich ließ sich spätestens jetzt nicht mehr übersehen, daß die Völkergemeinschaft mit der Vielzahl neuer Aufgaben, die sich ihr seit dem Ende des Kalten Krieges stellten, überfordert sein mußte. Die Massaker in Zentral- und Westafrika, denen bis 1996 alleine in der Region der Großen Seen zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen, haben nicht nur einmal mehr das Scheitern der Vereinten Nationen offenbart, sondern auch gezeigt, daß Entwicklungen dieser oder ähnlicher Art nach dem Ende der alten Weltordnung nicht die Ausnahme, sondern vielmehr in einigen Gegenden der Welt durchaus die Regel waren. Eben deshalb ist es für die Bundesrepublik so wichtig, Einfluß auf jene Entscheidungen zu nehmen, die über etwaige Einsätze in solchen Regionen gefällt werden. Diese Einflußnahme ist aber nur möglich, wenn sich die Bundesrepublik, wie sie das seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend praktiziert, als vollgültiges Mitglied verhält.

Vergleichbares gilt selbstverständlich - drittens - auch für die Haltung der Bundesrepublik zur sogenannten Ost-Erweiterung der NATO. Für den Historiker, der sich abseits politischer und militärischer Sachzwänge halten kann, stehen bei diesem Thema übrigens zwei Aspekte außer Frage: Einmal haben natürlich gerade die Deutschen angesichts der ersten Jahrhunderthälfte in besonderem Maße darauf zu achten, daß den russischen Sicherheitsinteressen Genüge getan wird; daraus läßt sich aber beim besten Willen kein Recht Moskaus ableiten, sein Veto gegen eine wie immer dimensionierte und terminierte Ost-Erweiterung einzulegen. Man darf ja nicht vergessen, daß es nicht die NATO war, welche die Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteupas aufgefordert hat, um die Aufnahme zu ersuchen, sondern daß diese ihrerseits mehr oder weniger ausnahmslos in die Atlantische Allianz drängen.

Das führt zum zweiten Aspekt: Historisch gesehen, haben die Staaten von Finnland bis zur Türkei, wenn es sie denn überhaupt als unabhängige Staaten gegeben hat, stets die Rolle eines Puffers gespielt bzw. spielen müssen - in diesem Jahrhundert zunächst als jener Cordon sanitaire französischer Façon, der das bolschewistische Rußland vom übrigen Europa, insbesondere von Deutschland, trennen sollte; dann im zwangswiseen Verbund des Warschauer Paktes, der aus sowjetischer Sicht zweifellos auch die Funktion hatte, nach den Erfahrungen des Augusts 1914 und des Juni 1941 einem dritten Angriff aus dem Westen keine Chance zu geben, mit gleichsam ungebremster Wucht das Herz Rußlands zu treffen.

Im Klartext und aus der Sicht des Historikers heißt das heute: Für die Staaten dieses Zwischengürtels gibt es keine Alternative, als sich entweder Rußland oder aber dem westlichen Bündnis anzuschließen. Daß sie mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung sogleich und eindeutig für letzteres optiert haben, ist bekannt und überrascht nicht. Aus russischer Sicht, die aus nachvollziehbaren Gründen stets in besonderem Maße historisch geprägt gewesen ist, kann sich die Ost-Erweiterung der NATO perspektivisch durchaus als erneute Instrumentalisierung dieses Raumes gegen Moskau darstellen, was im übrigen nichts daran ändert, daß sich daraus kein Veto-Recht herleiten kann. Aus deutscher Sicht schließlich stellt sich die Sache - mit umgekehrten Vorzeichen - ebenso dar: Nicht daß etwa derzeit oder auf absehbare Zeit von Rußland eine akute militärische Gefahr ausgehen würde; aber wer wollte, zumal angesichts personeller Unwägbarkeiten in der russischen Führung, diebrisante Kombination von nuklearem Vernichtungspotential, einer von den Afghanistan- und Tschetschenien-Traumata gezeichneten Armee und einer desolaten wirtschaftlichen Lage unterschätzen? Im übrigen wird ja Sicherheit heute, jedenfalls in Europa, nicht in erster Linie gegen militärische Bedrohung benötigt, sondern im Kampf gegen die Erblasten des Kalten Krieges, vor allem die nuklearen, gegen die rapide zunehmende internationale Kriminalität, gegen terroristische Bedrohung oder Sabotage des immer anfälliger werdenden Gesamtsystems oder auch gegen die fortschreitende Umweltzerstörung.

Aus eben diesem Grunde ist es - viertens - mehr denn je Aufgabe und Interesse deutscher Politik, den Prozeß der umfassenden Integration Europas - einschließlich der Erweiterung der Gemeinschaft insbesondere um Polen und die Tschechische Republik - so entschieden wie möglich und so weit als nötig voranzutreiben. In der Konsequenz heißt das nichts anderes, als daß Deutschland weitere Teile seines neuen Machtpotentials auf die Gemeinschaft übertragen muß. Das ist keineswegs ein selbstloser Akt, wird Europa doch nur integriert den Wettkauf mit den Begleiterscheinungen und Folgen jener dynamischen

Entwicklung bestehen können, die nicht zufällig seit dem Zusammenbruch der alten Ordnung als "Globalisierung" firmiert. Außerdem vertragen die Antworten auf die zitierten, drängenden Fragen der Gegenwart keinen Aufschub. Für die Bundesrepublik sind europäische Lösungen schon deshalb ein herausragendes nationales Interesse, weil sie seit dem Fall des "Eisernen Vorhangs" - nicht zum ersten Mal in der Geschichte - Ziel- und Transitland ist.

Das gilt - fünftens - in besonderem Maße für die Herausforderung, den vielfältigen Ursachen der Migration in der Dritten Welt, wie der Bevölkerungsexplosion, den Umweltkatastrophen, der Knappheit natürlicher Ressourcen, dem Bildungsnotstand oder auch dem systematischen Völkermord und der massenhaften Vertreibung, mit den jeweils geeigneten Mitteln zu begegnen. Kein Land der Erde, auch keine Großmacht, kann dieser Herausforderung im Alleingang begegnen. Gemeinsames Handeln ist das Gebot der Stunde, und wenn "wir den Risiken nicht vor Ort begegnen", so Roman Herzog im März 1995, "kommen sie zu uns".

Ohne Zweifel hat sich also die außen- und sicherheitspolitische Lage Deutschlands seit der Vereinigung und dem Zusammenbruch der alten Weltordnung dramatisch geändert. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Tatsächlich sorgt ihre fortschreitende Integration, und insbesondere die Einführung des EURO zum 1. Januar 1999, dafür, daß diese Lage, 50 Jahre nach der Staatsgründung, der des voraufgegangenen halben Jahrhunderts zumindest in einer Hinsicht vergleichbar ist: außenpolitisch ist die Bundesrepublik, wenn auch aus anderen Gründen als in den Jahren 1949-1989, nur eingeschränkt handlungsfähig.

So gesehen, hat sich für die jetzt wieder in Berlin residierende Macht in der Mitte Europas - trotz des Zusammenbruchs der alten Weltordnung, des Falls der Deutschland teilenden Mauer, der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität und der ungewollten Übernahme der Rolle einer europäischen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht - doch wenig geändert. Eben weil die Bundesrepublik, anders als das Deutsche Reich, zu keinem Zeitpunkt in der Lage oder willens gewesen ist, ihre Interessen im Alleingang durchzusetzen, war - und ist - sie in ihrer Außenpolitik darauf verwiesen, den Handlungsspielraum zu nutzen, den die Rahmenbedingungen ihr lassen beziehungsweise öffnen. Darin unterscheidet sie sich einerseits zusehends weniger von anderen: In einer immer dichter vernetzten, dem Globalisierungssog ausgesetzten Welt kann, von der militärischen Supermacht USA in gewisser Hinsicht abgesehen, kein Land, auch keine Großmacht im modernen Sinne, mehr autonom und souverän Außenpolitik betreiben. Über diesen, historisch gesehen, revolutionären Befund vermögen auch

scheinbar entgegenstehende Aktionen alter Großmächte oder lautstarke Bekundungen aufsteigender Staaten nicht hinwegzutäuschen.

Andererseits hat keine zweite Regierung eines vergleichbaren Landes unter den Bedingungen der Ordnung des Kalten Krieges eine solche Fähigkeit entwickelt beziehungsweise entwickeln müssen, die Grenzen der Handlungsfreiheit zu erkennen, zu akzeptieren und im Interesse des eigenen Landes zu nutzen, wie die deutsche. Diese insgesamt erfolgreich betriebene, nach 1989 ungebrochen fortgesetzte Interessenpolitik ist zugleich eine Erklärung für die Schlüsselrolle, die Deutschland, seit dem Ende der alten Ordnung und stärker noch als zuvor, in Europa spielt und wohl auch in Zukunft spielen wird. So gesehen gibt es an der Schwelle zum 21. Jahrhundert allemal noch eine deutsche Interessenpolitik.

Akademie-Information - FüAk-aktuell veröffentlicht Texte, die von allgemeinem Interesse für die Arbeit in der Akademie sind. Die wiedergegebenen Beiträge werden inhaltlich ausschließlich von den Autoren verantwortet.